

Reportage 11. Mai 2018

Wie der Ukraine-Konflikt bis nach Magdeburg wirkt

Vier Jahre sind die Unabhängigkeitsreferenden in Donezk und Lugansk nun her, bei denen Mehrheiten für eine Abtrennung von der Ukraine stimmten. Der Krieg dauert bis heute an und schlägt bis nach Magdeburg Wellen.

von Christine Warnecke, MDR SACHSEN-ANHALT



Eugenia Hellbach kann sich nicht einer Seite im Krim-Konflikt zuordnen. Bildrechte: MDR/Christine Warnecke

Ihr Vater ist russischer Offizier, ihre Mutter wechselte von der ukrainischen zur russischen Staatsbürgerschaft, ihr eigener Pass blieb ukrainisch, ihre Muttersprache und viele Traditionen sind russisch: Eugenia Hellbach kann sich nicht einer Seite im Krim-Konflikt zuordnen und will es auch gar nicht. "Ich bin irgendwo dazwischen. Man kann nicht sagen: wir auf der Krim sind pur russisch oder ukrainisch – historisch gesehen war die Krim immer ein Völkertopf und das hat uns geprägt."

Nach der Besetzung der Krim bot Russland ihr an, den ukrainischen Pass gegen einen russischen zu tauschen – aber den hätte Deutschland nicht so einfach anerkannt, erzählt die 31-Jährige, die in Magdeburg als Übersetzerin arbeitet. Die Konsequenz: sie kann nicht legal in ihre Heimat reisen. Der Weg führt über russisches Gebiet und das verbiete ihr die Ukraine - "dabei ist es doch meine Heimat, auch wenn ich mich in Magdeburg wohlfühle", sagt sie.

Konflikt zerreißt Familien und Freunde

Nicht nur Eugenia Hellbach spürt die Auswirkungen des Kriegs: "Meine Tante zum Beispiel hat einen Ukrainer geheiratet und ist nach Donezk gezogen. Es war alles soweit gut – bis diese Spannungen aufkamen, da wurde sie von ihren Schwiegereltern niedergemacht und beschimpft, weil sie Russin ist. Auch Freunde sprechen plötzlich nicht mehr miteinander, weil der eine pro-russisch und der andere pro-ukrainisch ist. Es hat mich wirklich



schockiert, dass die Politik Familie und Freunde so beeinflussen kann."

Putin bemüht sich um die Krim

Beide Seiten könne sie verstehen. Der russische Präsident Wladimir Putin bemüht sich um die Krim. Neue Straßen, Parks und Promenaden würden auf der Halbinsel angelegt, in Schulen würde investiert und auch die medizinische Versorgung habe sich verbessert: "In Russland ist die medizinische Grundversorgung kostenlos, auch ohne Krankenversicherung, anders als in der Ukraine. Renten und Sozialgelder sind höher und das ist auch nötig – die Preise auf der Krim sind erschreckend hoch." Trotzdem, findet sie, wäre es an der Zeit für einen neuen Präsidenten. "Aber ich denke, viele Leute haben etwas Angst, jemand neuen zu wählen, den sie nicht kennen. Und es ist wahrscheinlich in unserer Mentalität, dass wir eine starke Persönlichkeit an der Staatsspitze wollen, wie früher den Zar."

Kämpfe in der Ostukraine dauern an



Nadja Pilipczuk fährt regelmäßig in ihre Heimat.

Bildrechte: MDR/Christine Warnecke

"Das Land ist gespalten", resümiert auch Nadja Pilipczuk. Die Allgemeinmedizinerin aus dem westukrainischen Lviv fährt etwa alle zwei Monate in die Heimat und nimmt jedes Mal Geschenke für die Krankenhäuser im Osten mit. Medizinische Utensilien, warme Kleidung und Bücher für Kinder, bis hin zu Rollstühlen – es werde vieles gebraucht. "Im Westen

des Landes ist das Leben relativ normal, aber auch dort haben wir seit vier Jahren mental keine Ruhe mehr. Die jungen Männer kämpfen in der Ostukraine und in den Nachrichten hören wir alle paar Tage von Verletzten und Gefallenen." Auch ein Sohn ihres Mannes musste im Osten kämpfen, erzählt Pilipczuk mit Tränen in den Augen. "Bis 2016 wurde jeder, der körperlich fit genug war, zwangsverpflichtet." Jetzt sei die Armee besser aufgestellt und es würden nur noch Berufssoldaten geschickt.

"Es ist bitter, dass hier in Deutschland kaum mehr davon berichtet wird", ergänzt Mykhailo Nykolaichuk, Leiter der deutsch-ukrainischen Vereinigung Sachsen-Anhalts. "Im Gegenteil: Wenn ich jetzt höre, dass Deutschland wirtschaftlich wieder enger mit Russland zusammenarbeiten will – dann werden die Menschenrechte in der Ukraine doch mit Füßen getreten. Warum muss man es sich gefallen lassen, was Russland macht – das verstehe ich nicht."

Umdenken in jüngerer Generation



Mykhailo Nykolaichuk leitet die deutsch-ukrainischen Vereinigung Sachsen-Anhalt. Bildrechte: MDR/Christine Warnecke

Nykolaichuk kommt aus Ternopil, einer Stadt etwa so groß wie Magdeburg in der Westukraine. Für das Informatik-Studium kam er nach Magdeburg. Ein Leben in der Ostukraine könnte er sich derzeit nicht vorstellen. "Wenn du an einem Kiosk oder in einem

Café auf ukrainisch bedient werden willst, kannst du schon zusammengeschlagen werden. Das wird schlimmer, je weiter man nach Osten geht." Und auch im Westen des Landes lebe man mit der ständigen Bedrohung, dass die russischen Truppen wieder marschieren und weiteres Land besetzen könnten. Auch deshalb setze gerade bei jüngeren Ukrainern ein Umdenken ein - "Sie fragen sich: warum spreche ich russisch, wenn ich doch Ukrainer bin", erzählt Nykolaichuk. "Sie lesen wieder alte Bücher, entdecken das kulturelle Erbe neu – denn in den 1920er Jahren wurde alles russifiziert,

Theater, Sprache, die führenden ukrainischen Köpfe zu Russen erklärt oder ihnen verboten, ukrainische Stücke zu schreiben." Ohne Russisch habe man gerade mal Straßenfeger werden können. "Aber wenn wir Ukrainer uns auf unsere Wurzeln beziehen, gelten wir als Nationalisten." Der aktuelle Konflikt sei schon hunderte Jahre alt – für Nykolaichuk ist das Jahr 1654 ein Wendepunkt: als die Kosaken im Vertrag von Perejaslaw dem russischen Zar einen Treueeid leistete, dafür sollte der Zar das Gebiet bei Angriffen verteidigen. Seitdem habe Russland an Einfluss gewonnen.

Uni Magdeburg versucht Kontakt zu halten



Achim Kienle (Institut für Automatisierungstechnik) und Rektor Jens Strackeljan versuchen den Kontakt zur Universität Donezk zu halten. Bildrechte: MDR/Christine Warnecke

Mykhailo Nykolaichuk blieb als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Otto von Guericke Universität Magdeburg. Aktuell studieren dort 197 Ukrainer. Rektor Jens Strackeljan bemüht sich, die Kontakte

nicht abreißen zu lassen – schließlich habe man seit den 1960er Jahren Beziehungen zur Nationalen Technischen Universität Donezk, die durch die russische Besetzung zum Teil ins "Exil" nach Pokrovsk, gehen musste. Die meisten der Labors und Maschinen konnten nicht mit umziehen – "da ist eine Ausbildung auf dem aktuellen Stand der Technik natürlich kaum zu gewährleisten. Daher setze ich große Hoffnungen in die Digitalisierung, dass wir zum Beispiel Seminare, die am Computer stattfinden, dorthin übertragen können", so Strackeljan.

Schon durch die Bilder gefallener Studenten und Lehrkräfte, die im Eingangsbereich der Universität hängen, sei der Krieg präsent. Um den zu finanzieren, gebe es einen Solidaritätszuschlag, die Uni habe weniger Mittel zur Verfügung, erfuhr Strackeljan von seinem ukrainischen Kollegen. Es sei auch ein Unterschied zwischen den Wissenschaftlern, die einen Bezug zum Militär oder Staat haben, und denen ohne spürbar. "Ich hab Kollegen in Kiew gesehen, die eine sehr gute, neue Ausstattung haben, da kann man schon mal fragen, wo das Geld dafür herkommt."

Allerdings lasse es sich über eine Zivilklausel – mit der sich Universitäten ausschließlich zur zivilen und nicht-militärischen Forschung verpflichten - aus einem friedlichen Deutschland heraus auch einfacher diskutieren, als wenn Kommilitonen im eigenen Land vor kurzem im Kampf gefallen sind.